



**REDEMANUSKRIFT**

(es gilt das gesprochene Wort)

Katja Karger, Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg  
**1. Mai 2022**

1. Mai 2022 – Hauptrede, Brandenburger Tor, Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der 1. Mai ist unser Tag.

Der Tag, an dem wir klar machen, wofür wir stehen und wofür wir kämpfen:

- Für gute Arbeit,
- für mehr Gerechtigkeit und
- für eine soziale Stadt.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte,  
Vertrauensleute, Ehrenamtliche und die vielen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben –  
zusammen sind wir eine starke Stimme in Berlin.

Und deswegen ist es großartig, dass Ihr heute alle hier seid!

Dass diese starke Stimme wieder sichtbar und hörbar auf der Straße ist!

Dass wir hier gemeinsam stehen, ist wichtiger denn je:

Denn wir stecken mitten in schwierigen Zeiten: Der Klimawandel setzt sich ungebremst  
fort - die Corona-Pandemie ist nicht vorbei, ihre Folgen noch lange nicht bewältigt –  
und nun ein Krieg in Europa, dessen Auswirkungen tiefgreifend sind:  
auf unsere Stadt, die Zufluchtsort für Tausende Menschen ist, und auf unser Leben –

**Katja Karger**  
Vorsitzende

katja.karger@dgb.de

Telefon: 030 21240-100

Alexanderstraße 1  
10178 Berlin

[www.berlin-brandenburg.dgb.de](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de)

denn der Krieg zieht bereits jetzt wirtschaftliche Probleme nach sich.

Das geht auch an unserer Arbeitswelt nicht spurlos vorüber.

Ich bin mir sicher, Reiner Hoffmann wird nachher noch mehr dazu sagen.

Ja, wir stecken mitten in einem heftigen Umbruch.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch die Stunde der Gewerkschaften!

Wenn wir zusammenhalten, haben wir die Kraft, dafür zu sorgen, dass unsere Stimme gehört wird, dass die Lasten gerecht verteilt werden und dass Ihr – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – auch in der Krise eine Perspektive habt.

Wir wollen die Zukunft gemeinsam gestalten!

Wir sind hier, um deutlich zu machen: an uns kommt in dieser Stadt niemand vorbei!

Und der Berliner Senat hat verstanden!

Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Wesentliche Meilensteine für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sind gesetzt: Der Landesmindestlohn steigt auf 13 Euro, der für die Vergabe folgt im Herbst.

Das digitale Tarifregister ist fertig, damit die Stadt Berlin künftig nur noch Firmen beauftragt, die sich an Tarifverträge halten.

Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Stadt der Guten Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wir zahlen doch keine Steuern, um Tarifflicht und Lohndumping zu unterstützen!

Ich will es hier ganz deutlich sagen: Tarifverträge sorgen für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, sie schützen unser Einkommen und sorgen für Gerechtigkeit.

Sie sind unser Beitrag zur Umverteilung des Reichtums von oben nach unten!

Deswegen danke ich all jenen Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesem Jahr bei den Tarifverhandlungen engagieren. Die trotz der aktuellen – echt schwierigen – Bedingungen das Beste für die Belegschaften rausholen.

Ihr habt unsere volle Unterstützung, denn es geht um viel in diesem Jahr: wir brauchen einen Ausgleich für die hohe Inflation und die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten. Wir wünschen Euch Mut, Kampfesstärke und viel Erfolg. Lasst euch nicht unterkriegen, wir vom DGB stehen solidarisch an Eurer Seite!

---

Aber wir erwarten auch vom Berliner Senat mehr Engagement.

Die Unternehmen bekommen vielfältige Unterstützung – aber was ist mit der Berliner Bevölkerung?

Schließlich können wir die steigenden Kosten – anders als die Betriebe – nicht einfach an andere durchreichen.

Die Energieversorgung muss für alle gesichert werden - und sie muss bezahlbar bleiben. Vor allem für die mit geringem und mittlerem Einkommen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden nicht tatenlos zusehen, wie unsere mühsam erkämpften Tarifierhöhungen durch Inflation, Kostensteigerung und Mieten aufgefressen werden. Solange die Reichen und Vermögenden nicht stärker zur Kasse gebeten werden, solange werden auch wir keine Ruhe geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir wollen eine soziale Stadt für ALLE.

Deswegen beteiligen sich die Gewerkschaften auch an den Gesprächen für ein Wohnungsbau-Bündnis. Der Berliner Senat hat angekündigt, 20.000 Wohnungen im Jahr zu bauen.

Das ist ein ordentliches Versprechen für die von Wohnungsnot geplagte Stadt.

Wir werden darauf achten, dass es um bezahlbaren Wohnraum geht, dass der soziale Wohnungsbau steigt und dass der Boden nicht für Spekulation missbraucht wird.

Die rasant steigenden Baukosten bedeuten allerdings auch, dass neu bauen allein nicht ausreichen wird.

Wir müssen dringend den Bestand modernisieren und diesen gleichzeitig für die Bewohner sozial absichern. Ich wiederhole daher gerne unsere DGB Position: Wohnraum ist keine Ware und Wohnen ein Menschenrecht! Wir brauchen einen sofortigen Mietenstopp – jetzt und ohne irgendein Schlupfloch für die Vermieter!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir wollen gute Arbeit und gute Bedingungen für ALLE.

— Allerdings erleben wir aktuell mal wieder, dass windige Arbeitgeber die Notlage der Geflüchteten ausnutzen. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir Gewerkschaften kennen die Machenschaften und Methoden der Arbeitgeber, die auf Kosten der Zugewanderten ihre Profite steigern.

Wir kennen aber auch die erfolgreichen Konzepte, wie das verhindert werden kann.

— Mit regelmäßigen Betriebskontrollen durch den Zoll zum Beispiel und vor allem mit wirksamen Sanktionen!

Der DGB wird gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten weiterhin dafür eintreten, dass auch alle Neu-Berlinerinnen ordentliche Jobs bekommen und nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
unsere gewerkschaftlichen Ansprüche werden wir auch in den Transformationsrat tragen, der im Sommer vom Senat gegründet werden soll.

Klimawandel, Digitalisierung, Corona, Kriegsfolgen – unsere Arbeitswelt muss sich in einem enormen Tempo den Veränderungen anpassen. Diese Transformation betrifft die gesamte Gesellschaft. Daher ist es elementar, dass wir mit Senat, Kammern und Arbeitgeberverband darüber verhandeln,

wie diese Veränderungen passieren,

wohin sie führen und vor allem,

was wir tun müssen, um die Folgen abzufedern.

Nur gemeinsam können wir die Industrie zukunftssicher umbauen UND unsere Arbeitsgesellschaft fit für die sozial-ökologische Transformation machen.

Das gelingt aber nur, wenn Gute Arbeit, nachhaltiger Wohlstand und sozialer Fortschritt zum Leitmotiv der Veränderung werden. Wir Gewerkschaften wissen, wie das geht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen Sicherheit im Wandel. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass unser Wohlstand gerecht verteilt wird, dass wir gute Arbeitsbedingungen für alle durchsetzen und dass niemand abgehängt wird.

Dafür kämpfen wir auf der Straße und im Betrieb.

Denn WIR - Kolleginnen und Kollegen – wir gestalten die Zukunft.